

Pressemitteilung vom 02.02.2026 zum TV-N Bayern

Tarifverhandlungen für die bayerischen Nahverkehrsunternehmen - Arbeitgeber kritisieren Streikmaßnahmen der Gewerkschaft ver.di und die Ankündigung weiterer Streiks

Ver.di streikt für einen umfangreichen Forderungskatalog, bei dem allein die Entgeltforderung von 668,75 € für die unteren Entgeltgruppen eine Entgeltsteigerung bis zu knapp 28 % bedeutet. Durchschnittlich über alle Entgeltgruppen werden Gehaltssteigerungen von ca. 17 % gefordert. Die Forderung nach einer Arbeitszeitreduzierung auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich bedeutet noch einmal eine zusätzliche Kostensteigerung von 9,1 %.

Selbst in der Hochzeit der Inflation hat die Gewerkschaft deutlich weniger gefordert. In keiner anderen Branche gibt es derartig hohe Forderungen!

Es besteht eine konstante Finanzierungslücke bei den kommunalen Nahverkehrsunternehmen und eine bekanntermaßen sehr schwierige Haushaltslage der Kommunen. Die steigenden Finanzierungslücke hat bei einigen Nahverkehrsunternehmen bereits zu Kürzungen des Angebotes geführt. Weitere Kürzungen müssen sowohl im Sinne der Verkehrswende und im Interesse der Beschäftigten wegen des drohenden Stellenabbaus vermieden werden. Bei der aktuellen Arbeitsmarktlage gelingt es - entgegen den Aussagen der Gewerkschaft ver.di - mit den vorhandenen Entgeltstrukturen offene Stellen zu besetzen.

Die Arbeitgeber haben bereits am 19.01.2026 ein Angebot vorgelegt, welches Entgeltsteigerungen von mindestens 5,0 % sowie zahlreiche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen beinhaltet. Das Angebot entspricht derzeitigen Tarifabschlüssen anderer Branchen. Ver.di hat dieses Angebot ohne inhaltlichen Austausch als nicht verhandlungsfähig abgelehnt.

Die Streiks um nicht realisierbare Forderungen und in Kenntnis der aktuellen wirtschaftlichen Lage kritisieren wir deutlich. Die zu diesem frühen Zeitpunkt stattfindende Eskalation trotz des seit dem 19.01.2026 vorliegenden Angebotes und die Ankündigung weiterer Streiks noch vor der 2. Verhandlungsrunde am 13.02.2026 ist beispielslos. Sie ist völlig unverständlich und in keiner Weise gerechtfertigt. Die Streiks belasten die Bevölkerung zu Unrecht.

Zur Historie: Bereits im Sommer 2025 hatten die Arbeitgeber ein Angebot gemacht, welches Entgeltsteigerungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen enthalten hat. Die Arbeitgeber haben die Beschäftigten zu diesem Angebot befragt. Die Mehrheit der Beschäftigten (70%) wünschte sich im Sommer 2025 einen Abschluss auf Basis dieses Angebotes.

Die Gewerkschaft ver.di lehnte 2025 aber eine Kündigung des bestehenden Tarifvertrages und einen Tarifabschluss mit einer über das Jahr 2025 andauernden Laufzeit ab, um eine bundesweite Steuerung von Streiks zu ermöglichen. Die aktuellen Streiks sind bundesweit koordiniert, sie sind abgekoppelt vom aktuellen Stand der Verhandlungen in Bayern.

Wir fordern die Gewerkschaft auf, sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst zu werden und gemeinsam mit den Arbeitgebern nach Lösungen am Verhandlungstisch zu suchen, ohne die Fahrgäste durch Streiks zu belasten.

Kommunaler Arbeitgeberverband Bayern e.V., Hermann-Lingg-Str. 3, 80336 München, Tel. 089/530987-24, Fax 089/530987-26, E-Mail info@kav-bayern.de
Pressekontakt: Geschäftsführerin Dr. Sylvia Arnold